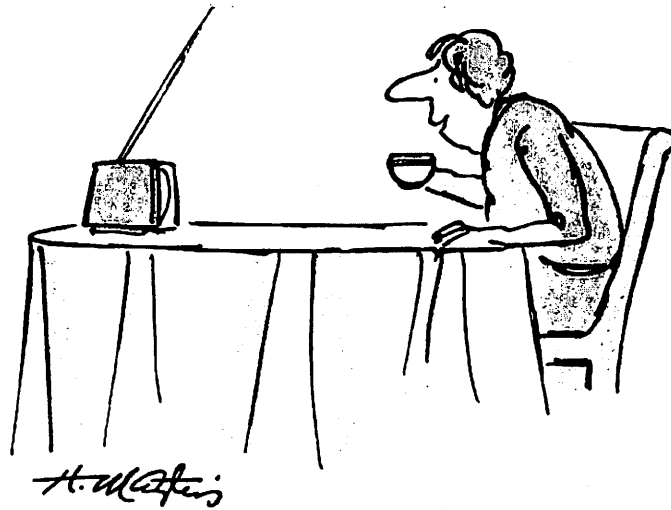


„Hallo, mein kleines Fenster zur Welt! Was gibt's Neues?“



Zeichnung: © H. Martins/ www.punchcartoons.com

Aufgaben zum Cartoon

1. Beschreiben Sie den Cartoon oben.
2. Beschreiben Sie, wie der Cartoon auf Sie wirkt.
3. Interpretieren Sie: Was soll Ihrer Meinung nach hier ausgesagt werden a) über das Medium und b) über sein Publikum?

Aufgaben zum Schaubild S. 3

4. Beschriften Sie die Pfeile im Schaubild „Wie hängt das alles zusammen?“.
5. Beurteilen Sie die Art und Weise, in der die Massenmedien ihre Funktionen erfüllen. Begründen Sie Ihre Meinung.

Aufgaben zum Text „Konzentrationstendenzen...“

6. Beurteilen Sie, welche Folgen die Konzentration in der Medienlandschaft für die Demokratie haben kann. Bedenken Sie dabei die Funktionen der Massenmedien.
7. Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob Zeitungen in Deutschland subventioniert werden sollten.

Medien und Demokratie – wozu wir Massenmedien brauchen



Fragen zum Film <https://www.ardmediathek.de/video/respekt/medien-warum-die-4-gewalt-fuer-die-demokratie-so-wichtig-ist/ard-alpha/Y3JpZDovL2JyLmRIL3ZpZGVvLzk5YzVkYjdlTA2N2QlNGE5Yy05NjJlLWExMmY5MWVhNjRINA>

1. Definieren Sie „Massenmedien“.

Technische Mittel, um Inhalte an eine große Masse zu verteilen

2. Welche Medien gelten heute als die „traditionellen“ Massenmedien?

Zeitung, Radio, Fernsehen, Bücher, Flugblätter, Plakatte

3. Was hat sich geändert durch das, was man Internet 2.0 nennt?

Globale Verteilung der Informationen, sehr viel schnellere Verteilung, jeder kann zum Sender werden

4. Welche Funktionen erfüllen (Massen-)Medien? Anders gefragt: Was leisten sie, was für einen Nutzen haben sie?

Kontrolle der Mächtigen

Verteilung

Entspannung/Unterhaltung

Stimme geben

Verknüpfen

Einordnen

5. Inwiefern sind in Deutschland die Unabhängigkeit der Medien vom Staat und auch ein gewisser Qualitätsanspruch gewährleistet?

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk:

...Finanziert direkt durch Rundfunkgebühr (Finanzielle Unabhängigkeit von Regierung und Werbeagenturen)

- Streng kontrolliert durch Rat, besetzt von Vertretern aus vielen Bereichen

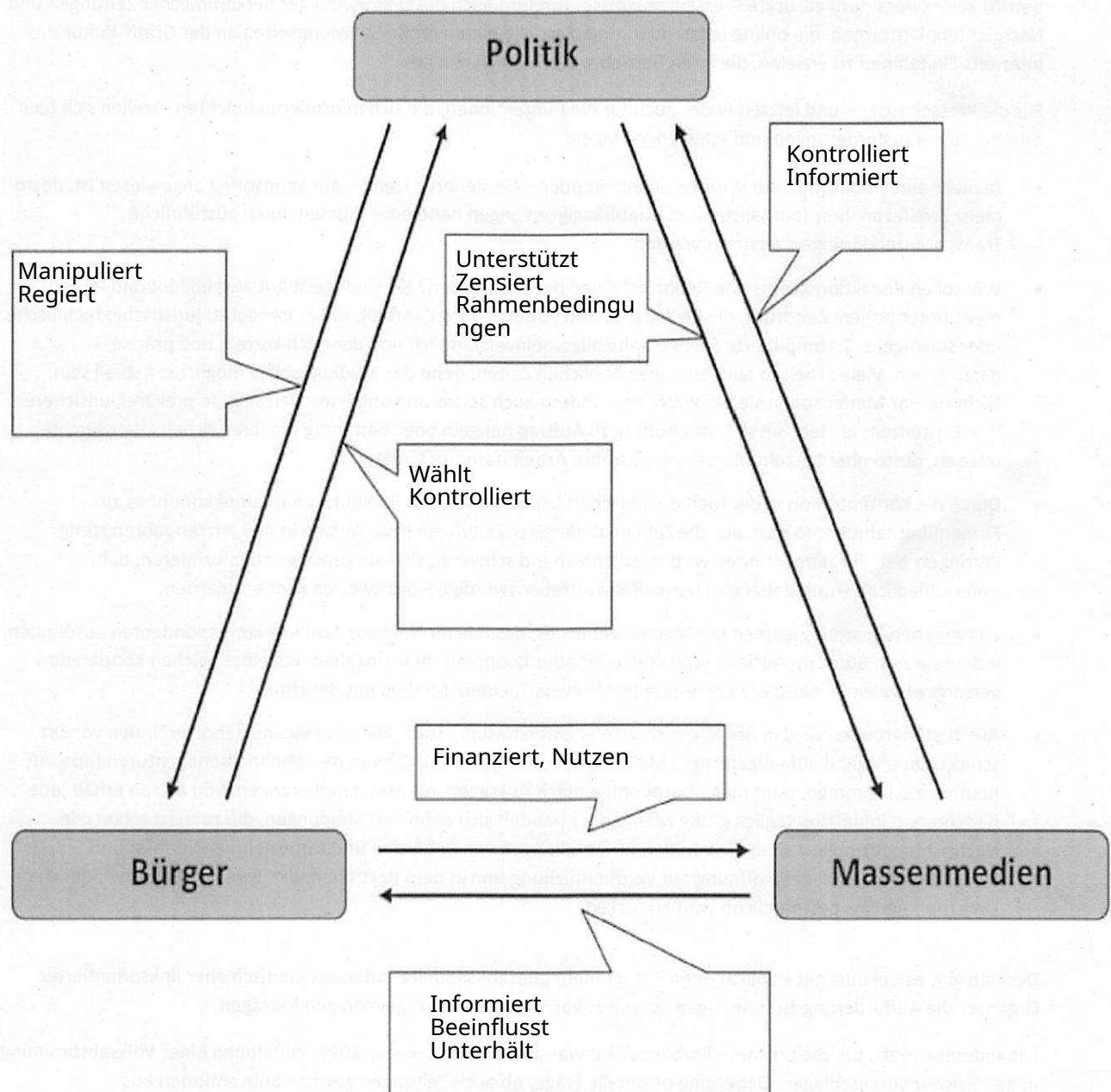
- Grundgesetz garantiert Pressefreiheit (keine Zensur)

- Pflicht zur Grundversorgung der Bürger mit Informationen

- Pflicht zur ausgewogenen Berichterstattung

Wie hängt das alles zusammen? Die Rolle der Massenmedien in Politik und Gesellschaft

Beschriften Sie die Pfeile.



Konzentrationstendenzen in der Medienlandschaft – was sind die Folgen?

Seit dem Aufkommen des Internets, von Online-Zeitungen und später verstärkt von Netzwerkmedien (so genannten Sozialen Medien) gehen die Auflagen gedruckter Tageszeitungen weltweit und auch in Deutschland stark zurück. Wenn es jedoch immer weniger Abonnenten gibt, so springen auch Werbekunden ab, d. h. es fehlen nicht nur diejenigen Einnahmen, die die Zeitungen früher von einer – verlässlich - zahlenden Leserschaft erwarten konnten, sondern auch Einnahmen aus dem Verkauf von Fläche für Anzeigen. Es grassiert ein „Zeitungssterben“, und dies betrifft keineswegs nur gedruckte Presseerzeugnisse, sondern auch die Online-Ableger herkömmlicher Zeitungen und Nachrichtenplattformen, die online entstanden sind. Fast alle haben große Schwierigkeiten, in der Gratis-Kultur des Internets Einnahmen zu erzielen, die ihren Betrieb wirtschaftlich machen.

Für die Pressehäuser – und letzten Endes auch für die Bürger*innen, die sich informieren möchten - stellen sich hier erhebliche Herausforderungen und schwierige Fragen:

- Je mehr eine Publikation auf Werbeeinnahmen oder – ein neuerer Trend – auf Sponsoring angewiesen ist, desto mehr Zweifel an ihrer journalistischen Unabhängigkeit liegen nahe oder müssen durch ausführliche Transparenzerklärungen zerstreut werden.
- Wie sollen Redaktionsteams und Reporter*innen bezahlt werden? Sie sind meist gut ausgebildet und leisten, meist unter hohem Zeitdruck, die Recherche- und „Übersetzungs“-Arbeit, die es bedeutet, juristische, technische oder sonstige, z. T. komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich und dennoch korrekt und präzise darzustellen. Viele arbeiten auch zu ungewöhnlichen Zeiten, denn das Medium soll ja möglichst aktuell sein. Nicht nur ihr Metier sollen sie beherrschen, sondern auch seriös und unbestechlich sein. Je prekärer, unsicherer ihre Existenzen, je mehr sie sich von Auftrag zu Auftrag hangeln oder beständig um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, desto eher besteht die Gefahr, dass ihre Arbeit darunter leidet.
- Durch die Konzentration in der Medienlandschaft leidet die Vielfalt. Im Konkurrenzkampf kommt es zu Firmenübernahmen, so dass sich die Zahl unabhängiger Zeitungen bzw. Verlage in den letzten Jahren stetig verringert hat. Für Bürger*innen wird es entsprechend schwerer, sich ausgewogen zu informieren, d. h. unterschiedliche – und dabei gleichermaßen vertrauenswürdige – Sichtweisen kennenzulernen.
- Zu typischen Sparmaßnahmen der Medien gehört es, dass sie ihr Netz aus Auslandskorrespondenten ausdünnen, indem sie z. B. Büros im Ausland schließen oder aber Kooperationen eingehen. Bei einer solchen Kooperation versorgt etwa ein*e einzige*r Korrespondent*in verschiedene Medien mit Berichten.
- Aus Kostengründen wird in der Nachrichten-Berichterstattung, statt dass man eigene Reporter*innen vor Ort schickt, zunehmend auf vorgefertigte Meldungen zurückgegriffen, die von den Nachrichtenagenturen (dpa, AP, Reuters etc.) kommen, oder man übernimmt einfach Aussagen aus Pressemitteilungen. Von diesen erhält jede bedeutende Redaktion täglich große Mengen. Es handelt sich dabei um Meldungen, die zumeist schon wie Nachrichten formuliert sind, die von den PR-Abteilungen von Behörden und Unternehmen verfasst und versendet werden in der Hoffnung auf Veröffentlichung und in dem Bestreben, die jeweilige Behörde oder das Unternehmen ins bestmögliche Licht zu rücken.

Deshalb gibt es bei Internet-Publikationen immer mehr „Bezahl-Modelle“ oder, bei politisch eher linksorientierten Organen, die Aufforderung zu freiwilligen Spenden, vorzugsweise mit regelmäßigen Beträgen.

Ein anderer Ansatz, um die erkannte Problematik etwas abzumildern, wurde 2022 im Rahmen einer Volksabstimmung in der Schweiz vorgeschlagen. Dabei ging es um die Frage, ob auch Zeitungen gewisse Subventionen aus Steuermitteln sozusagen als Existenzgrundlage erhalten sollten – ähnlich wie beim Rundfunk in Deutschland, dessen öffentlich-rechtlicher Teil über obligatorische Gebühren finanziert wird. Der Vorschlag erhielt jedoch nicht die nötige Zustimmung.

siehe auch:

<https://www.sueddeutsche.de/medien/schweiz-verlage-mediengesetz-volksabstimmung-1.5528359>
<https://www.sueddeutsche.de/medien/medien-journalismus-finanzen-zeitungssterben-1.4892443>